

Sohrauer Stadtblatt



Publikations-Organ für Zory (Sohrau Poln.-O.S.) und Umgegend.

Erste Seite
wöchentlich einmal; Sonnabend.
Bezugspreis: Einzelheft frei im Haus und
bei allen Postämtern 0,75 Netzt.

Eigentümer, Verleger, Herausgeber u. Drucker:
F. Dunold, Stadtbuchdruckerei, Zory.
Verantwortlicher Redakteur: Paul Dunold.

Anzeigen-Preis
Die einseitige Zeilenzeile 10 Gr.
Inseraten-Nachnahme bis spätestens Freitag
10 Uhr vormittags.

Nr. 25

Samstag, 23. 63

Sonnabend, den 25. Juni 1938.

Gezählet 1979

60. Jahrgang.

Danzig.

Rechnenschaftsbericht des Danziger Senatspräsidenten.

Danzig, 21. Juni. Aus Anlaß des fünfzigsten Bestehens der nationalsozialistischen Regierung in Danzig fand am Montagmorgen eine Sitzung des Volkstages statt, in der Senatspräsident Graiser eine Regierungserklärung abgab.

Volkstagspräsident Wajl verwies in seiner Eröffnungssprache darauf, daß die letzten Vertreter der ehemaligen Oppositionsparteien im Volkstag ihren Anschluß an die Großdeutsche Front, an die NSDAP, vollzogen und sich der Führung des nationalsozialistischen Staatsoberhauptes unterstellt haben: „Ich stelle mit Stolz fest, daß heute alle 70 deutschen Abgeordneten im Ehrensaal Adolf Hiltner erschienen sind. Damit tritt das vereinte Deutschland Danzigs würdig an die Seite des großen Großdeutschen Reiches“.

Senatspräsident Graiser gab dann die Regierungserklärung ab. Er betonte eingangs, daß der Volkstag an diesem Feiertag der nationalsozialistischen Regierung zum ersten Mal das hohe Gefühl einer wahren deutschen Volkserhebung zeige. Der Volkstag habe sich unter dem Siegerzeichen des Hakenkreuzes zur Tagung versammelt. Damit sei ein hohes Ziel erreicht. Dafür, daß dieses Ziel verwirklicht sei, dankt er besonders Generalleutnant Grotzer.

Sodann gab der Senatspräsident einen Rechenschaftsbericht über die Entwicklung seit 1933. Er erwähnte u. a. die Arbeitsbeschaffung, die Wohnungsfürsorge, die Schaffung produktiver Wirtschaftseinrichtungen, den Ausbau des Flugwesens, die Hausinstandsetzung, die Gewinnung der Sozialversicherung, die Bau- und Umbauten am Staatsbahnhof und die außerordentlich umfangreichen Erneuerungsarbeiten an der St. Marienkirche, dem Wahrzeichen von Danzig. Alles das habe dazu geführt, daß von den 40000 Arbeitlosen im Jahre 1933 nur noch ein völlig unbedeutender Rest von 2000 übrig geblieben sei. Die Danziger Westen und die Industriestadt seien voll beschäftigt. Danzig besitze zwei moderne Seeschiffe und eine eigene Seefahrtsschule.

Durch gesetzliche Maßnahmen sei die Verschönerung der Danziger Landschaft, die 1933 mit einer Last von über 100 Millionen Gulden völlig zerfallen gewesen sei, zum Stillstand gebracht worden. Für die Bauernhöfe habe sich das Erbhofgesetz segensreich ausgewirkt. Die Einfuhr polnischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse sei durch ein besonderes Abkommen reguliert worden.

Auf dem Gebiet des Schulwesens erwähnte der Senatspräsident in erster Linie die Neugründung der Hochschule für Lehrerbildung und die Bekämpfung der Sportplatz- und Turnhallennot. Die polnische Minderheit habe auf dem Gebiet des Schulwesens die ihr zukommenden Rechte erhalten. Es befänden heute 3 Schulen mit polnischer Unterrichtssprache mit rund 1000 Schülern. Wegen Mängel der Schulergebnisse hätten allerdings einige Klassen abgebaut werden müssen. Aus der Zahl sei eine Volkshilfe im höchsten Sinne des Wortes geworden. Danzigs Polizei und Beamtenhaft seien zu absolut positiven Leistungen der Volksgemeinschaft geworden. Aus diesem Anlaß habe der Danziger Senat ein besonderes Danziger Ehrenkleid-Gebrüderorden und eine besondere Danziger Polizei-Dienstauszeichnung geschaffen.

Anschließend kam der Senatspräsident auf das Verhältnis Danzig-Polen zu sprechen. Niemals wäre die Freundschaft zweier Völker und das freundschaftliche Verhältnis zweier

Staaten wie Danzig und Polen möglich gewesen, wenn nicht zwei Frontsoldaten sich zu Staatsmännern Europas aufgeschwungen und die Voraussetzungen für diese Union und guten Verhältnisse geschaffen hätten. Unser Vorgesetzter wäre gesplittert, gäbe es in Deutschland nicht einen Adolf Hitler und hätte es nicht in Polen einen Josef Pilsudski gegeben, dessen Genie noch heute unser Reicheland und Reichsvolk erfüllt. „Danzig und Polen, die kulturell zwar verschiedenartig, wirtschaftlich aber einander angewiesen sind, können nur am besten dem Frieden der Welt einverleibt und der Erfüllung der wirtschaftlichen Kräfte unterstellt, indem wir die bewährte Verständigungspraxis trotz aller Widerstände und bisweilen auch trotz mancher Widerwärtigkeiten fortsetzen und damit weiterhin der Welt beweisen, daß es in der freien Stadt Danzig möglich war kein Pulver mehr gibt, das man anzünden könnte.“

Prag meldet Demobilisierung.

Prag, 19. Juni. Nach einer amtlichen Vereinbarung des tschechoslowakischen Pressebüros wurden die zu Ende des Monats Mai zu außerordentlichen Übungen einberufenen Reservisten dieser Tage entlassen. Die Ausbildung der Reservisten vollzieht sich nunmehr in normaler Weise.

Zu dieser Vereinbarung schreibt der „Deutscher Dienst“: Wenn nunmehr die am 20. Mai einberufenen Jahreshelfer in der Tschechoslowakei wieder zur Entlassung kommen, so ist darauf hinzuwirken, daß die Demobilisierung in einem solchen Fall nach der Gesetzwirkung noch dem Ablauf von vier Wochen ohne weiteres zu erfolgen hat, so daß ein besonderer Beschluß der zuständigen Stellen nicht erforderlich ist. Im übrigen ist zu wünschen, daß bei dieser aufsehenerregenden Maßnahme gleiche Ziele erreicht, indem die Wahlen an den drei Wahlsonntagen „unter dem Woffen“ kaltgeblieben haben. Wenn damit allerdings gleichzeitlich auch ein Druck auf den Wahlbergang und das Wahlergebnis beabsichtigt war, so ist demgegenüber festzuhalten, daß an der vorbildlichen Disziplin der Kandidatenaussuchen jeder Versuch, militärisch den Wahlbergang zu beeinflussen, fehlgeschlagen war, und daß das Wahlergebnis doppelt klar im Sinne des tschechoslowakischen Volkswillens trotz dieser außerordentlichen Maßnahme vor aller Welt eine eindeutige Sprache geführt hat.

Warum schwieg man 1919?

Wien, 18. Juni. Der Fürstbischof von Salzburg, Dr. Sigismund Walf, der erst kürzlich in einer ausführlichen und gründlichen Abrechnung zu der unabhängigen Kritik an der Faltung der österreichischen Bischöfe Stellung genommen hat, veröffentlicht in der neuesten Nr. der „Schwaben Zukunft“ unter dem Titel „Nochmal: Die Auslandskritik an österreichischen Episkopat“ erneut eine eingehende Stellungnahme, die sich in der Hauptsache an die französischen Presse richtet.

Es sei doch auffällig, so schreibt Bischof Walf, daß man sich gerade in solchen Ländern am meisten Sorgen über die Lage der katholischen Kirche in Österreich machte, wo man allen Grund hätte, sich zunächst Sorgen über die Lage der Kirche im eigenen Staat zu machen. Von der großen Reihe kirchenländlicher Geister zu Beginn dieses Jahrhunderts sei nur ein geringer Teil rückgängig gemacht worden. In den scharfen Kritiken an der kirchlichen Obrigkeit in Österreich, die aus Frankreich kommen, sei offensichtlich das zeitliche und politische Motiv nicht immer genau getrennt. Wenn aber schon von Verantwortung vor dem christlichen Ge-

wissen gesprochen wurde, dann ergab sich die Frage:

„Wo waren die Stimmen, die an Deutschland und Österreich das ungeheure Unrecht von St. Germain geschah? Warum meldeten sich diese Stimmen nicht, als Clemenceau davon sprach, daß es 20 Millionen Deutsche zu viel gab? Woher ist denn der außerordentliche Geburtenrückgang in Österreich gekommen, als dieser, daß dem deutschen Volk im Lande Österreich im Friedensvertrag alle wirtschaftlichen Lebensadern durchgeschnitten wurden?“

Sei es auch nicht verwunderlich, so fragt der Fürstbischof weiter, daß katholische Presseorgane ihre Stimmen zu heftigen Vorwürfen gegen die österreichischen Bischöfe erhoben, während in den gleichen Organen Vorwürfen vor dem Bündnis mit Sowjetrußland fehlten? Wäre es nicht angezeit, wenn sich die Kritiker der österreichischen Bischöfe mit gleicher Schärfe gegen die Sympathien französischer Kreise für Sozialisten wandten, zumal dort, wie aus autoritativen Zeugnissen hervorgeht, eine Verfolgung von Religion und Kirche herrsche, die an Grausamkeit den ärgsten Christenverfolgungen nicht nachstehe.

Fürstbischof Walf unterstreicht zum Schluß seiner Ausführungen noch einmal den in der Würdigung der Bischöfe eindeutig verkündeten Grundsatz: „Gibt Gott, was Gottes, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.“

Rundschau.

Sejmarschall Car †.

Warschau, 18. Juni. Der Sejmarschall Stanislaus Car, einer der hervorragendsten Politiker Polens, ehemals vertratener Mitarbeiter Pilsudski, starb am Sonnabend vormittag an dem Folgen einer Lungenerkrankung.

Car wurde 1882 in Warschau geboren und war schon als Gymnasial-Mitglied für polnische Freiheitsbewegung. Im Weltkrieg, als die deutsche Armees die Selbständigkeit Polens eingeleitet hatte, bearbeitete Car die Organisation des polnischen Gerichtswesens, um dann 1917 als Minister in die Justizabteilung des Staatsrats einzutreten. Nach der Unabhängigkeitserklärung wurde er zum Chef der Polkammer Pilsudski, der damals Staatsoberhaupt war, ernannt. Während des Weltkriegs war er als polnisch-polnisches Reiches war er Stellvertreter in einem Unterabteilung. 1925 wurde Car Staatsanwalt des Obersten Gerichts und im Jahre 1928 Justizminister. Im Jahre 1930 war er Sejmabgeordneter und im letzten Sejm Sejmarschall. Car ist Verfasser zahlreicher grundsätzlicher Schriften des Verwaltungs- und Staatsrechtes.

Warschau, 22. Juni. Am Dienstag fand in Warschau die Wahlprüfung des Sejmarschalls Stanislaus Car statt. Die karischen Überreste waren am Montag aus dem Sejm, wo die Leiche die dahin aufgebahrt war, nach der St. Johannes-Kathedrale überführt worden. Die letzte Ehre erteilten dem Verstorbenen der Herr Senatspräsident, Marschall Rudy-Smigly, Vizepräsident Slawoj-Brudowski, Sejmarschall Prybyl, die Sejmarschälle von Sejm und Senat, die Mitglieder der Regierung und des Diplomatischen Korps und zahlreiche andere Würdenträger.

Oberst Slawek Sejmarschall.

Warschau, 22. Juni. In der Sejmung am Mittwoch, die in Anwesenheit sämtlicher Regierungsglieder stattfand, ist Oberst Slawek mit 114 Stimmen zum Sejmarschall gewählt worden. Sein Gegenkandidat Dr. Kowal, der von der Koprwa-Gruppe aufge-

